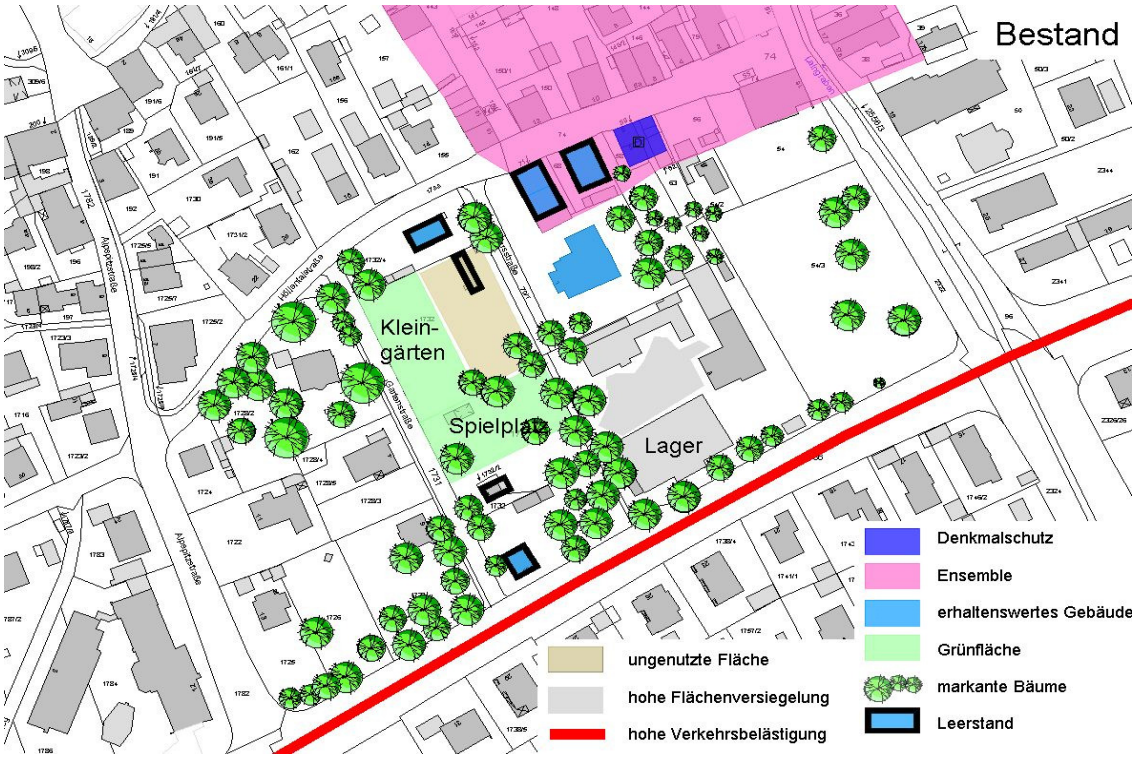
Konzept des VEHBL zum bürgeroffenen Planungsprozess „Zukunft des Viertels an der Krankenhausstraße“ Garmisch - Partenkirchen

Stand des Verfahrens
Die Marktgemeinde Garmisch - Partenkirchen hat einen „bürgeroffenen Planungsprozess“ zur Zukunft des Viertels an der Krankenhausstraße gestartet.
Zu dem bis 15. September 2009 laufenden Ideenwettbewerb hat im Juni 2009 der VEHBL seine grundsätzlichen Vorstellungen bei einer Diskussionsveranstaltung formuliert.
Diese Grundlagen wurden seitdem hinterfragt, weiterentwickelt und mit diesem Konzept konkretisiert.
Der Anspruch des Vereins „erhalten bedeutet nicht Stillstand sondern den ursprünglichen Charakter bewahren, die erhaltenswerte Substanz sichern, sanieren und eine zukunftsfähige Nutzung planen, das Viertel mit passenden Neubauten bereichern“ wird nachfolgend detailliert dargestellt.



Leitbild „Nachhaltiges Handeln“

„Ich glaube, die Menschheit lernt in diesen Tagen eine bittere Lektion. Wir erleben, was es heißt, nicht nachhaltig zu wirtschaften. Wir haben lange über unsere Verhältnisse gelebt. Das ist ähnlich wie beim Klimaproblem. Die Gründe der Finanz- und Wirtschaftskrise liegen in unbezahlbarer Schuld. Investoren, Politik und Banken lernen jetzt hoffentlich, genauer hinzuschauen – und nachhaltig zu handeln“

Yvo der Boer, UN-Klimaschützer im Interview der Süddeutschen Zeitung vom 3. Februar 2009

Das folgende Konzept bezieht die Bürger in die vorgenannte Verantwortung ein. Es nimmt die Bürger von Garmisch in die Pflicht nicht nur zu reden sondern die Zukunft mit zu gestalten. Ein ganzheitlicher Anspruch von Nachhaltigkeit für ein identitäts-stiftendes

lebendiges Quartier in der Mitte von Garmisch – Partenkirchen.
Aus dem Dorf für das Dorf entwickelt und finanziert. Zukunftsfähig und mit Vorbildfunktion

Auf der Basis der bekannten Rahmenbedingungen:

Erhalt und Sicherung des Schulstandortes

Ensembleschutz

wertbezogenem Verkauf der Gemeindegrundstücke

Grundlagen

Das Viertel an der Krankenhausstraße – ein gutes Beispiel für nachhaltiges Bewahren und Bauen

Unser Konzept beinhaltet den ganzheitlichen Anspruch zu nachhaltigen Handeln.
Unter Nachhaltigkeit wird die Gestaltung von Lebensbedingungen verstanden, die den Menschen weltweit ein auskömmliches Dasein sichern, ohne die Lebensbedingungen künftiger Generationen zu schmälern. Die tragenden Säulen sind dabei eine Verbindung von Ökonomie, Ökologie und Sozialem.

Identitätsstiftendes lebendiges Quartier

Durch den Erhalt und die notwendigen baulichen Maßnahmen der Schule, dem Erhalt und Sanierung der wertvollen teilweise denkmalgeschützten Altbauten und einer sensiblen Neubebauung für Familien mit Kindern verbunden mit dem Angebot des Mehrgenerationenwohnens entsteht eine lebendige Struktur.
Dies wird ergänzt

- durch weitgehende Reduzierung des motorisierten Verkehrs innerhalb des Areals,
- durch die Realisierung kleinteiliger, individueller Projekte im Alt- und Neubau
- mit anspruchsvoller Planung im öffentlichen Aufenthaltsbereich
- die bewusste Beteiligung der Bürger durch Genossenschaft und Baugemeinschaften, die als feste Nachbarschaftsstrukturen zur Identitätsbildung des Quartiers beitragen

Aus dem Dorf – für das Dorf finanziert

Die Bausteine Erhalt der Altbauten und Neubebauung schliessen die Beteiligung von renditesuchenden Investoren mit dem Anspruch von Gewinnmaximierung aus.
Ein nachhaltiges Bauprojekt bedarf einer nachhaltigen Finanzierung. Die Lehren aus der weltweiten Finanzkrise sehen wir dabei als Chance für die Finanzierung dieses Projektes.
Nachhaltige Finanzierungen liefern Alternativen und Lösungen zu den bekannten Kernproblemen

des kurzfristigen Profitdenkens und der Renditemaximierung in einer globalen Finanzwelt. Bislang sind weder die Produkte noch das eigentliche Investment transparent sondern global in einer unüberschaubaren Abhängigkeit miteinander verbunden. Die wichtige Frage „was geschieht mit dem Geld“ bleibt dabei unbeantwortet.
Die Folgen dieses Wirtschaftens sind bekannt, ein „Weiter so“ kann und wird es nicht geben. Nach den Prinzipien „des Wirtschaftens von unten“ und „ das Geld muss im Dorf, der Stadt bleiben“ werden vom BauZEIT Netzwerk alternative Finanzierungsformen für dieses Projekt entwickelt.

Eine Genossenschaft bietet dazu für Eigennutzer und Anleger aus den vorgenannten Erfahrungen eine gute Alternative regional zu investieren, zukunftsfähig und langfristig wertstabil.

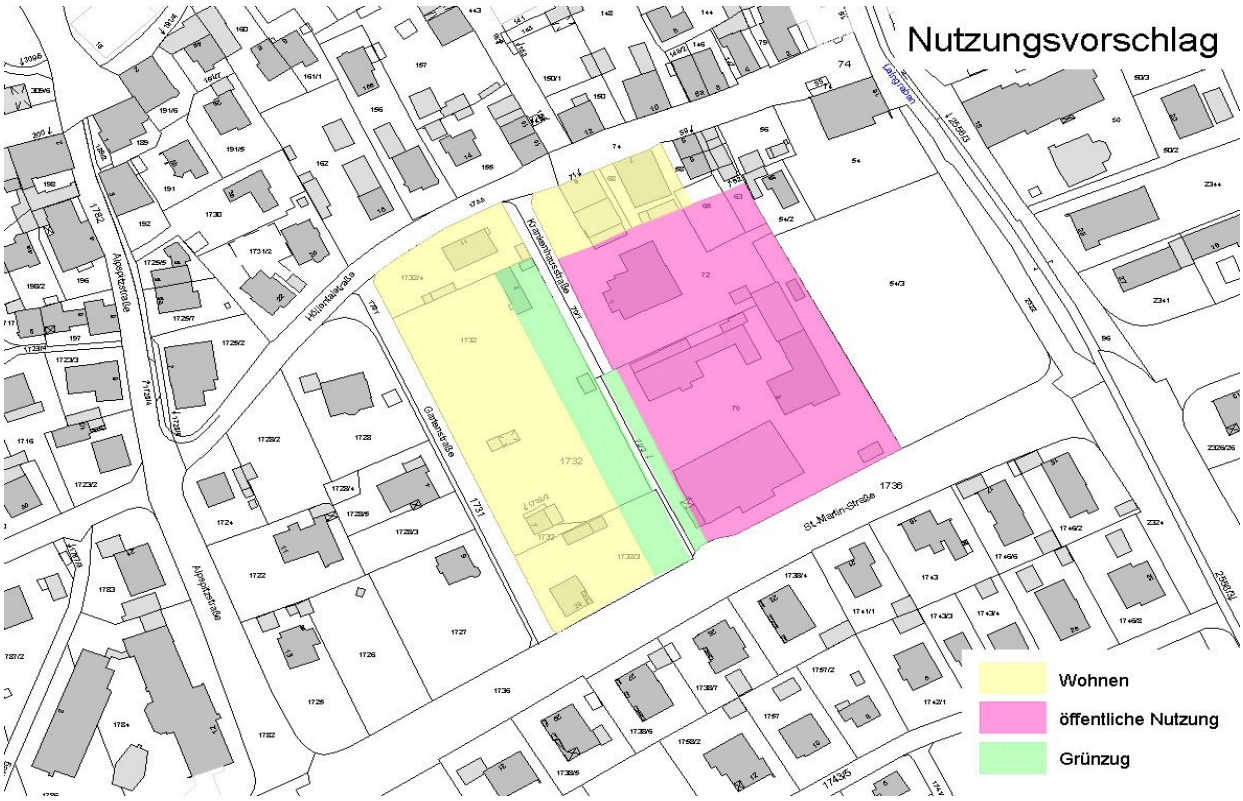
Ein Teilprojekt wird als Baugemeinschaft organisiert und durch einzelne Selbstnutzer jeweils anteilig finanziert.

Insgesamt kleinteilig, überschaubar und direkt vor Ort investiert im regionalen Kreislauf.

Genossenschaften + Baugemeinschaften machen es bundesweit vor – ein starkes Stück Basisdemokratie mit intensiver Bürgerbeteiligung.
So hat der Verfasser dieses Konzeptes allein in den letzten drei Jahren mit Baugemeinschaften privates Kapital mit einem Investitionsvolumen von
25 Millionen EURO aktiviert.

Auf eine detaillierte Investitionsrechnung wurde zu diesem Zeitpunkt bewusst verzichtet, weil diese derzeit nicht verlässlich leistbar ist. Gleichwohl ist eine Umsetzung der hier dargestellten Finanzierungsstrukturen unter dem Ansatz von üblichen Verkehrswerten sichergestellt.

Bestandteile des Konzeptes im Einzelnen



Schule mit Umfeld

Die vorgeschlagene Veräusserung von Grundstücken ermöglicht die Gegenfinanzierung der Investitionen in den Schulstandort und war Sinn des ursprünglichen Bürgerbegehrens. Dies ist ein unverzichtbarer Bestandteil dieses Konzeptes.

Wie bereits vorgeschlagen ist im Bereich der Schule ausreichend Platz für Erweiterungs-möglichkeiten wie etwa die zweizügige Grundschule, Mensa, Ganztagsbetreuung, Turnhalle und Freiflächen einschließlich der Verlegung des öffentlichen Spielplatzes zur Schule und den Pausenhof.

Die unzureichende Parksituation vor der Schule ist bei einer Überplanung zu berücksichtigen einschließlich den derzeit fehlenden Lehrerparkplätzen.

Erhalt und Sanierung der teilweise denkmalgeschützten Altbaustruktur

Alle Altbauten vom Gebäude der ehemaligen Stierhaltung, dem Armenhaus, dem Landhaus an der Krankenhausstraße / Höllentalstraße, dem Haus neben dem Spielplatz sowie dem Landhaus St.Martin - Straße / Gartenstraße sind zu erhalten.
Sie bilden einen wertvollen städtebaulichen Rahmen der Straßenbilder im öffentlichen Raum sowie für die nach innen zu entwickelnde Neubebauung. Alt und neu auf hohem Niveau nebeneinander. Vergangenheit und Zukunft im Dialog.
Die Sanierung der Altbauten hat dem Anspruch nachhaltigen Bauens zu folgen und wird je nach Bausubstanz in manchen Fällen eine Kernsanierung mit Energiestandard KfW 55 frei von fossilen Energieträgern bedeuten. Bei Häusern ohne Kernsanierungsbedarf ist eine höchstmögliche Energiereduzierung unverzichtbar. Dabei ist es bei dieser historischen Bausubstanz zu den energetisch ökologischen Kriterien dringend geboten auf die sonst übliche Wärmeverbunddämmung mit Styropor zu verzichten. Stattdessen sind zum Erhalt der wertvollen Aussenfassaden Dämmmaßnahmen an den Innenwänden vorzunehmen.Die Altbauten sind an die zentrale energetische Quartiersversorgung des

Neubauquartiers anzuschliessen.

Für die Planung dieser Sanierungsmaßnahmen sind qualifizierte Fachleute mit entsprechenden Referenzen zu beauftragen. Vor allem die energetischen Vorgaben bedürfen der Planung und Realisierung von erfahrenen Planern. Stellvertretend hierfür wird das Büro Hausladen, Heimstetten bei München www.ibhausladen.de genannt.

Insgesamt haben alle Maßnahmen den Anspruch einer sensiblen Integration in die alte Gebäudesubstanz als Beitrag zur Baukultur.

Beispiele für spätere Nutzung der Altbauten

- Mehrgenerationen-Wohnen in Form von betreutem und unbetreutem Wohnen im Alter
- Alten-Wohngemeinschaft
- Wohnen für kinderreiche Familien ab vier Kindern
- Nachbarschaftsbörse und Kulturtreff mit Konzerten, Tagungen, Ausstellungen
- Jugendtreff
- Agenda 21 – Zentrale
- Genossenschaftsbüro
- Freiflächennutzung für Allgemeinheit
- Gasthaus-Brauerei mit Garmischer Bier als Verbindung von Tradition und Zukunft
- Cafe – Bistro als „Begegnungsort für Jung und Alt

Finanzierung und Betrieb der Altbauten durch eine neue „Genossenschaft für ein nachhaltiges Garmisch-Partenkirchen“

Die zukunftsfähige Weiterentwicklung der Altbauten hin zu tragfähigen Nutzungskonzepten für die Bürger von Garmisch-Partenkirchen bedürfen einer alternativen Struktur zu Finanzierung und Unterhalt sowie Betrieb.
Nach Abwägung denkbarer Alternativen (Stiftung, Erbpachtmodell etc.) ist eine Genossenschaft trotz formalem Aufwand die Idealform für die Zielerreichung. Gespräche des Konzeptverfassers mit erfahrenen Machern von innovativen Genossenschaften in München zeigen von dort Interesse an diesem nicht namentlich genannten Projekt. Gleichwohl wird jedoch eine neu zu gründende Genossenschaft „für Garmisch“ trotz des kurzfristig höheren Aufwandes zum Finden qualifizierter, verlässlicher Profis und der zu leistenden Anschubfinanzierung favorisiert. Diese ist ortsbezogen und steht dann künftig für weitere Aufgabenstellungen zur Dorfentwicklung zur Verfügung.
Damit dies Erfolg hat, ist neben erheblicher ehrenamtlicher Arbeit unabhängige, qualifizierte Beratungsarbeit von Profis und auf Dauer ein hauptamtlicher Vorstand für die Genossenschaft unverzichtbar.

Die Rolle der Gemeinde sollte sich zu der Genossenschaft auf die wohlwollende Unterstützung im allgemeinen, verbunden mit einer ehrenamtlichen Aufsichtsratstätigkeit einer der Bürgermeister in den Gremien der Genossenschaft beschränken.

Alternativ wird dennoch die Gesellschaftsform einer gemeinnützigen GmbH wegen dem damit geringen formalen Aufwand geprüft.

Das Genossenschaftsprinzip

Genossenschaften sind Kapitalgesellschaften auf Selbsthilfebasis. Nicht die Menge

und die Verwertung des eingebrachten Kapitals sondern das Individuum mit seinen Bedürfnissen ist entscheidend für die Geschäfte der Genossenschaft. Hieraus ergeben sich folgende Prinzipien:

Doppelcharakter

Die Genossenschaft ist sowohl Wirtschaftsunternehmen als auch konkrete Sozial- und Kulturgemeinschaft.

Identitätsprinzip

Träger und Nutzer der Genossenschaftsleistung ist identisch

Demokratieprinzip

Jedes Mitglied hat eine Stimme unabhängig von seinem Kapitaleinsatz

Förderprinzip

Zweck der Genossenschaft ist primär die Mitgliederförderung, Dienst an Dritten und der Allgemeinheit

Nutzungsprinzip

Genossenschaften dienen nicht der Kapitalmehrung sondern der Sicherung preiswerter Dienste, daher wird der Überschuss nicht nach Kapitaleinsatz, sondern gemäß der Nutzung verteilt. Darüber hinaus können bis maximal 4 Prozent einer Beteiligung an Gewinnen ausgeschüttet werden

Solidaritätsprinzip

Der Zusammenschluss dient und fördert die wechselseitige Unterstützung, beispielsweise durch gemeinsame Haftung, gemeinsame Verantwortung und gemeinsame Arbeit

Finanzierung der Genossenschaft

Diese erfolgt durch Eigen- und Fremdkapital.

Bei Neugründungen und jungen Genossenschaften sind Anfangsprobleme zur Eigen-kapitalbildung durch Anschubfinanzierungen bei Erstprojekten auszugleichen. Diese Anschubfinanzierung resultiert i.d.R. aus privaten Darlehen, privaten und öffentlichen Bürgschaften, Schenkungen, Spenden, öffentlichen Fördergeldern und der Finanzierung der Erstmaßnahme durch Spezialbanken wie zum Beispiel die GLS Bank Bochum (www.gls.de)

Diese Anschubfinanzierung wird nach und nach durch eine Anteilsbeteiligung von Solidaranlegern, wartenden Mitgliedern, wohnenden Mitgliedern und Anteile aus Eigenleistung sowie Engagement der Nutzer als Eigenkapitaleinlage für die wohnenden Mitglieder abgelöst.

Neu ist die Öffnung des staatlichen Eigenheimprogrammes der KfW-Bank als Darlehen an Mitglieder zur Verwendung als Eigenkapitaleinlage in der Genossenschaft. Die Möglichkeit von Sachanlagen besteht in Form von Eigenleistungen.

Ebenfalls neu ist die Möglichkeit investierender Mitglieder als Solidaranleger.

Der Eigenkapitalmix der Genossenschaft besteht zusammenfassend aus den Pflicht-anteilen der Wohnenden, den Pflichtanteilen aller Mitglieder und den zusätzlichen Anteilen der Wohnenden und den freiwilligen Anteilen der Nichtwohnenden. Die Machbarkeit der Fremdfinanzierung wird unterstützt durch die neue KfW-Projektförderung sowie die Wohnbauförderung durch das Land nach § 9 Abs .2WoFG.

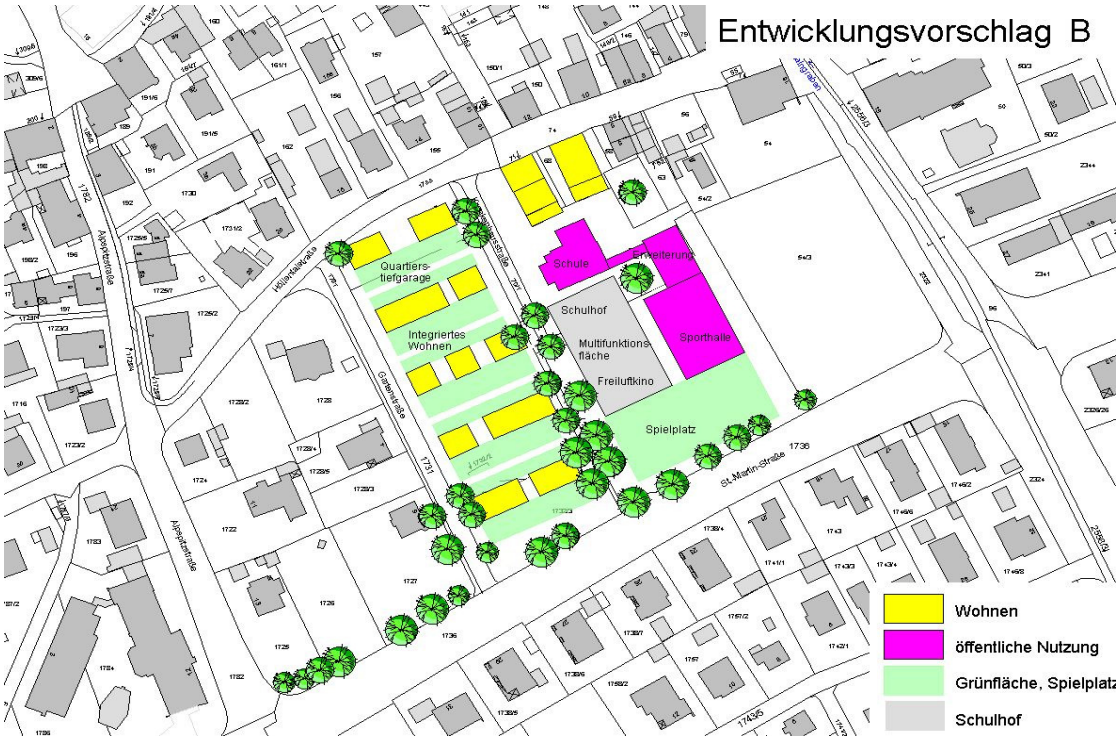
Eine detaillierte projektbezogene Finanzierung kann erst bei Vorlage eines Wertgutachtens und erkennbarer Nutzerstrukturen dargestellt werden. Unabhängig von dem dort genannten Verkehrswert zeigt die Erfahrung mit den Finanzierungsanforderungen für Genossenschaften, dass bei einem Erwerb zum Verkehrswert außerhalb von spekulativen Überlegungen die Genossenschaftsfinanzierung tragfähig und finanzierbar für Kreditinstitute ist.

Die Existenz von über 20.000 Wohnbaugenossenschaften in Deutschland und der derzeitige Boom bei Neugründungen von Genossenschaften von der Konsum- bis zur Solargenossenschaft belegen dies eindrucksvoll.

Eine Entwicklung die durch die Erkenntnisse und Folgen der Finanzkrise noch erheblich an

Bedeutung gewinnen wird.

Neubauten
Die beiden vorliegenden Entwicklungsvorschläge A und B wurden nochmals inhaltlich hinterfragt mit dem Ergebnis dass flächensparendes, verdichtetes Bauen in der Ortsmitte von Garmisch Gebot sein muss.
Dem Anspruch folgend wird unser Entwicklungsvorschlag B mit einer dem Ort ange-messenen Bebauung vorgeschlagen. Vorschlag A scheidet wegen zu hohem Flächenver-brauch und einer Einzelinteressen orientierten Zielgruppe aus.



Ziel dieser Bebauung muss die Schaffung von Wohnraum für Familien mit Kindern sein, in Verbindung mit Mehrgenerationen-Wohnen und/oder Vermietung einer zweiten Einheit als Ferienwohnung zur Belebung des touristischen Angebotes in Garmisch-Partenkirchen.
Dabei wird die Konzeption der Häuser die wichtige Zielgruppe der LOHAS ansprechen.

Um eine zukunftsfähige Gemeinde zu fördern sollte die Gemeinde zu den Kaufpreisen der Grundstücke eine kinderfreundliche Komponente schaffen, die Familien mit Kindern das Wohnen in der Ortsmitte von Garmisch ermöglicht. Touristisch geprägte Orte verdrängen ihre eigene Zukunftsperspektive, die Kinder mit ihren Familien, an die Ortsränder und darüber hinaus ins Umland zum dauerhaften Schaden für eine gute Infrastruktur in lebendigen Dörfern.

Unabhängig von dieser dringend notwendigen Förderung wird das Projekt freifinanziert mit privaten Geldern der an der Baugemeinschaft beteiligten Baufamilien.

Projektanspruch
Die Baugemeinschaft wird sich einer identitätsstiftenden Quartiersbebauung, verbunden mit dem Anspruch zukunftsfähigen regionalen Bauens, verpflichten.

Dieser Anspruch wird getragen von den Merkmalen:

- geschlossene Rechteckbaukörper als energiesparende Klimakiste
- ein flachgeneigtes, ruhiges, weit auskragendes Dach als Schutz gegen Regen, Schnee
- konstruktive Gestaltung aus Holz als nachwachsender Rohstoff der Region

Regionales Bauen - Wohnhaus Fischen a. Ammersee – Architekten Bembé + Dellinger,

Anlage 1 – „Der Bauberater“
Bayer.Landesverein für Heimatpflege

Verbunden mit dem ganzheitlichen Anspruch nachhaltigen Bauens soll ein Quartier mit folgenden Planungskriterien entstehen:

- einfache, klare Architektur mit guten Details ohne Baumarktware
- frei von fossilen Energieträgern
- minimaler Energieverbrauch
- gemeinsame Energiezentrale auch mit Altbauten
- 70% Reduzierung der mit der Baumaßnahme verbundenen CO_2 Belastung gegenüber üblichen Massivbaukonstruktionen
- baubiologische Materialqualität
- kostengünstiges Bauen
- gute Nachbarschaften
- Vorbildfunktion für Garmisch und die Region

Die damit verbundene Wohn- und Lebensqualität der Bewohner geht einher mit der Bereitschaft der Baufamilien dem entwickelten ganzheitlichen Konzept für das Quartier konsequent zu folgen.

Dabei wird von den Beteiligten Disziplin und die Fähigkeit erwartet, nicht alles und jedes in Eigennutz haben zu wollen.
Das dies alles möglich ist wenn man die „Betroffenen zu Beteiligten“ macht zeigen mehrere vom BauZEIT Netzwerk realisierte Projekte in Konstanz am Bodensee und in München.
Für eine jetzige konkrete Darstellung der Neubauten fehlen per heute die Voraus-setzungen.
Städtebaulicher Wettbewerb und die Bedarfsanalyse der Bürger von
Garmisch, die später dort leben wollen, sind Voraussetzung hierfür.

Konzept befreit die Marktgemeinde von der EU-Ausschreibung

Nachdem im Herbst 2007 ergangenen Urteil der OLG Düsseldorf ist der Verkauf von kommunalen Grundstücken mit Baukonzessionen europaweit auszuschreiben. Der hohe organisatorische, kostenintensive Verwaltungsaufwand und die Einschränkungen für die städtebauliche Entwicklung führt zu erheblichen Belastungen für die jeweilige Kommune.

Die aktuelle juristische Bewertung dieser EU-Ausschreibungsverpflichtung bewertet die Vergabe solcher Grundstücke an Genossenschaften und Baugemeinschaften als **nicht** ausschreibungspflichtig. Diese werden als Dienstleister bewertet weil sie selbst keine Bauleistung erbringen sondern diese anders als Bauträger an Dritte vergeben.

Die Landeshauptstadt München praktiziert diese Bewertung ab 2007 bei ihren Grund-stücksverkäufen entsprechend. Auskunft dazu erteilt das Kommunalreferat und das Planungsreferat der LH München.

Nachhaltige Neubauten – Vorbild für ein Olympiadorf 2018

Die Studie der FH München „Der Tourismusort Garmisch – Partenkirchen: Führen Wintersportgroßveranstaltungen aus oder in die Krise?“ von Prof. Dr. Thomas Bausch wird hier zitiert.
Auf Seite 45 heißt es „...Olympia und Natürlichkeit sind wegen der Dimensionen unvereinbar. Und der Aspekt der Nachhaltigkeit, als wichtige Komponente des LOHAS Ansatzes, beinhaltet auch Generationen- und soziale Gerechtigkeit. Wer in der sicher abzeichnenden Weise völlig über seine Verhältnisse lebt und nicht vorausschauend prüft, ob die Investitionen sich jemals rechnen, handelt diametral entgegengesetzt zum Prinzip der Nachhaltigkeit.....“

Diese wichtige und richtige Aussage zeigt aber auch einen gangbaren Weg für die Entwicklung Garmisch - Partenkirchens als ein von seinen Bürger gelebtes Dorf und Tourismusort mit nachhaltiger Zukunftsperspektive.

Der erste Schritt auf einem langen Weg der „gelebten“ Nachhaltigkeit ist für Garmisch die Umsetzung des hier beworbenen Konzeptes. Hin zu einer neuen Identität und Wahr-nehmung. Nach der Realisierung dieses Konzeptes mit Vorbildwirkung und als Ideengeber für ein Olympiadorf hat Garmisch dann einen Wegweiser gefunden zu nachhaltigen, ökologischen Themen für die Spiele. Diese haben für Garmisch dann die große Chance, weltweit mit nachhaltigen Strukturen für LOHAS wahrgenommen zu werden.

Der dieses Konzept tragende Anspruch der Nachhaltigkeit ist Teil des neuen Marketingkonzeptes

der Marktgemeinde. Ein reines Marketingkonzept kann dieses Ziel alleine nicht erreichen, glaubhaft und dauerhaft erfolgreich ist dies nur dann wenn es gelebt wird.

Insgesamt ein langer Weg, aber sehr motiviert weil zukunftsfähig.

Anlage 2 - „Mahnendes Echo“ greenbuilding - 07-09
Anlage 3 -“Olympia – so ökologisch wie möglich „ - SZ 15.07.09

Was ist eine Baugemeinschaft?
Wie muss sie für ein gutes Projekt organisiert sein?

Eine Baugemeinschaft ist ein Zusammenschluss von mehreren Bauwilligen, die statt von einem Bauträger oder Generalunternehmer eine Wohnung, ein Haus zu erwerben den Bauprozess beginnend mit der Projektentwicklung, Projektplanung hin zur Realisierung selbst organisiert.
I.d.R. sind solche Baugemeinschaften als Gesellschaft des bürgerlichen Rechts organisiert.
Die professionellen Anforderungen werden bei anspruchsvollen Projekten in die Hände von baugemeinschaftserfahrenen Dienstleistern gegeben.

Für das Projekt Garmisch konnte das BauZEIT Netzwerk aus Münsing am Starnberger See (www. bauzeit-netzwerk.de) gewonnen werden.

Die Leistungen des Netzwerkes sind nachfolgend beschrieben:

Das BauZEIT Netzwerk führt als Dienstleister die Baugemeinschaft. Im Gegensatz zu Bauträgern kauft und verkauft das Netzwerk weder Grundstücke noch Werkleistungen
zur Gewinnmaximierung des eigenen Unternehmens.

Das Netzwerk setzt mit seinen Gesamtleistungen die Baugemeinschaft in die Lage eigenverantwortlich ein Bauprojekt hin zu deutlich besseren ökonomischen, ökologischen und sozialen Ergebnissen zu realisieren.

Diese Leistungen begleiten die Baugemeinschaft durch das gesamte Projekt. Die BauZEIT beginnt mit der Bildung der Baugemeinschaft, erarbeitet die inhaltliche Projektkonzeption, übernimmt das wirtschaftliche, treuhänderische Projektmanagement zur Sicherstellung aller Zahlungen an dritte Vertragspartner, berät fair und verbraucherfreundlich ohne Vermittlungstätigkeit bei der Finanzierung und bei Verträgen, moderiert und setzt das bauliche Konzept gemeinsam mit den Baufamilien um, bis hin zum Bezug des Objektes. Der Wahl des Projektarchitekten kommt dabei eine ganz besondere Bedeutung zu.

Dieser Komplettservice wird durch eine Treuhänderfunktion des BauZEIT Netzwerkes ergänzt, um gegenseitige Haftungsrisiken der Baufamilien zu vermeiden.

Für diese Leistungen werden Dienstleistungsverträge zwischen den Baufamilien und dem BauZEIT Netzwerk mit Projektzielen, Planungs- und Qualitätsstandards sowie Leistungen in klarer Formulierung gegen ein Honorar vereinbart. Dieses Honorar stellt ein Teil der Gesamtkosten des Projektes dar, die in allen Punkten im Gegensatz zu Bauträgerprojekten mit hoher Transparenz den Baufamilien nachgewiesen werden.

Unter Berücksichtigung des Honorars und der für die Baugemeinschaft notwendigen weiteren Dienstleister zeigen zahlreiche Baugemeinschaftsprojekte ein deutlich besseres Preis-Leistungsverhältnis wie bei Bauträgerprojekten in der Größenordnung von 10 bis 15 % Kostenersparnis zu den Baukosten.

Für die Gemeinde Garmisch-Partenkirchen ist das BauZEIT Netzwerk der alleinige Ansprechpartner bei einem solchen Projekt, die GbR der Baugemeinschaft beauftragt den Leiter des Netzwerkes mit deren Interessenvertretung mit entsprechenden Voll-machten gegenüber Dritten. Dies ist erforderlich um die Baugemeinschaft zu den formulierten Zielen führen zu können und die Gemeinschaft gegenüber Dritten mit einem Verantwortlichen mit klaren einfachen Strukturen zu organisieren.

Im Ergebnis entsteht in der Gemeinde ohne Mehraufwendungen ein Projekt mit Vorbild-funktion für Öffentlichkeit und Gesellschaft.

Statt der üblichen Bauträger-Stangenware Maßkonfektion, die preisWERT – ihren Preis wert ist.

Bürgeroffener Planungsprozess – Planung und Umsetzung

Wie kann dieser Prozess geplant und umgesetzt werden?

Das hier vorliegende Konzept ist das „Pflichtenheft“ mit dem zum Gesamtareal die Einzelkomponenten mit öffentlicher und privater Nutzung detailliert dargestellt wurden.

Dieses Konzept stellt sich einem Qualitätswettbewerb. Dieser sollte auf der Basis einer Jury aus Fachleuten, Gemeindevertretern und Bürgern entschieden werden.

Für den Juryvorsitz wird Prof. Karl Ganser, mehrfach ausgezeichneter Städteplaner + Professor an der TU München, vorgeschlagen.

Im Anschluss daran ist das Siegerkonzept als Planvorgabe an drei auszuwählende Planungsbüros mit besten Referenzen zum „städtebaulichen Rohentwurf“ auszu-schreiben. Die Ergebnisse werden anschließend mit interessierten Bürgern erörtert.
Im weiteren erarbeiten die Planungsbüros ihre endgültigen Fassungen, die wie bei Architekturwettbewerben von einer Jury aus Fachleuten, Gemeindevertretern und Bürgern bewertet werden. Der überzeugendste Entwurf definiert dann den städte-baulichen Rahmen mit Nutzung und Baumassen des Viertels.
Die Kosten des Verfahrens mit ca. 80.000 EUR werden von der Regierung von Ober-bayern mit 50 % bezuschusst und sind gut investiert. Die Bedeutung des Viertels und die Nähe zum Zentrum rechtfertigen diesen Aufwand. Ein gutes städtebauliches Ergebnis sollte dies wert sein.
Die Gemeinde sollte bereits bei Beginn dieses Verfahrens eine Selbstbindung an das Er-gebnis des Planungsprozesses beschließen.

Für die Qualität der Neubauten ist es entscheidend, dass die „Akteure“ beim konkreten Bauen per städtebaulichen Vertrag zu Baukultur und Qualität in Architektur verpflichtet werden.
Das vorliegende Konzept verpflichtet sich diesem Anspruch mit entsprechenden vertrag-lichen Vereinbarungen gegenüber der Gemeinde und der Öffentlichkeit.

Bilanz der Nachhaltigkeit

Nachhaltiges Bewahren und Bauen ist das Leitbild des Konzeptes, was leistet das beworbene Projekt dazu?

Ökonomie

- Wertschöpfung und Mehrwert durch Erhalt + Schaffung von Baukultur
- Mehrwert durch energetische Unikate
- dauerhaft geringe Energiekosten
- Anleger kennen die ethisch wertvolle Verwendung ihres angelegten Geldes

Ökologie

- Energiekonzept frei von fossilen Energieträgern Öl und Gas
- gemeinsame Energiezentrale mit CO 2 neutralem Holzenergieträger
- Regionalität von Energieträgern, Baumaterialien und ausführenden Unternehmen
- aktive und passive Nutzung der Sonnenenergie
- erhebliche Reduzierung der CO 2 Belastung durch nachwachsenden, regionalen Baustoff Holz
- baubiologische Qualitäten reduzieren erheblich Belastungen für Umwelt und Mensch

Soziales

- Betroffene Bürger werden zu Beteiligten gemacht
- Typologien folgen den finanziellen Rahmenbedingungen der Bürger und nicht umgekehrt

- Mehrgenerationen-Wohnen
- bezahlbares Wohnen in der Ortsmitte für Familien mit Kindern
- zukunftsfähige Ortsbelebung
- Förderung dörflicher Nachbarschaftsstrukturen
- Cafe als lebendiger Treffpunkt für Jung + Alt aus dem Dorf
- Wahrnehmung von Baukultur, Förderung kultureller Aktivitäten im allgemeinen
- Organisationsformen Genossenschaft und Baugemeinschaft fördern Gemeinsinn hin zu Sozial- und Kulturgemeinschaft im Dorf
- Gemeinwohl vor Eigennutz

Garmisch- Partenkirchen, den 10. September 2009

VEHBL

Dieses Konzept wurde von Theo Peter, Leiter des BauZEIT Netzwerkes, für den VEHBL entwickelt.

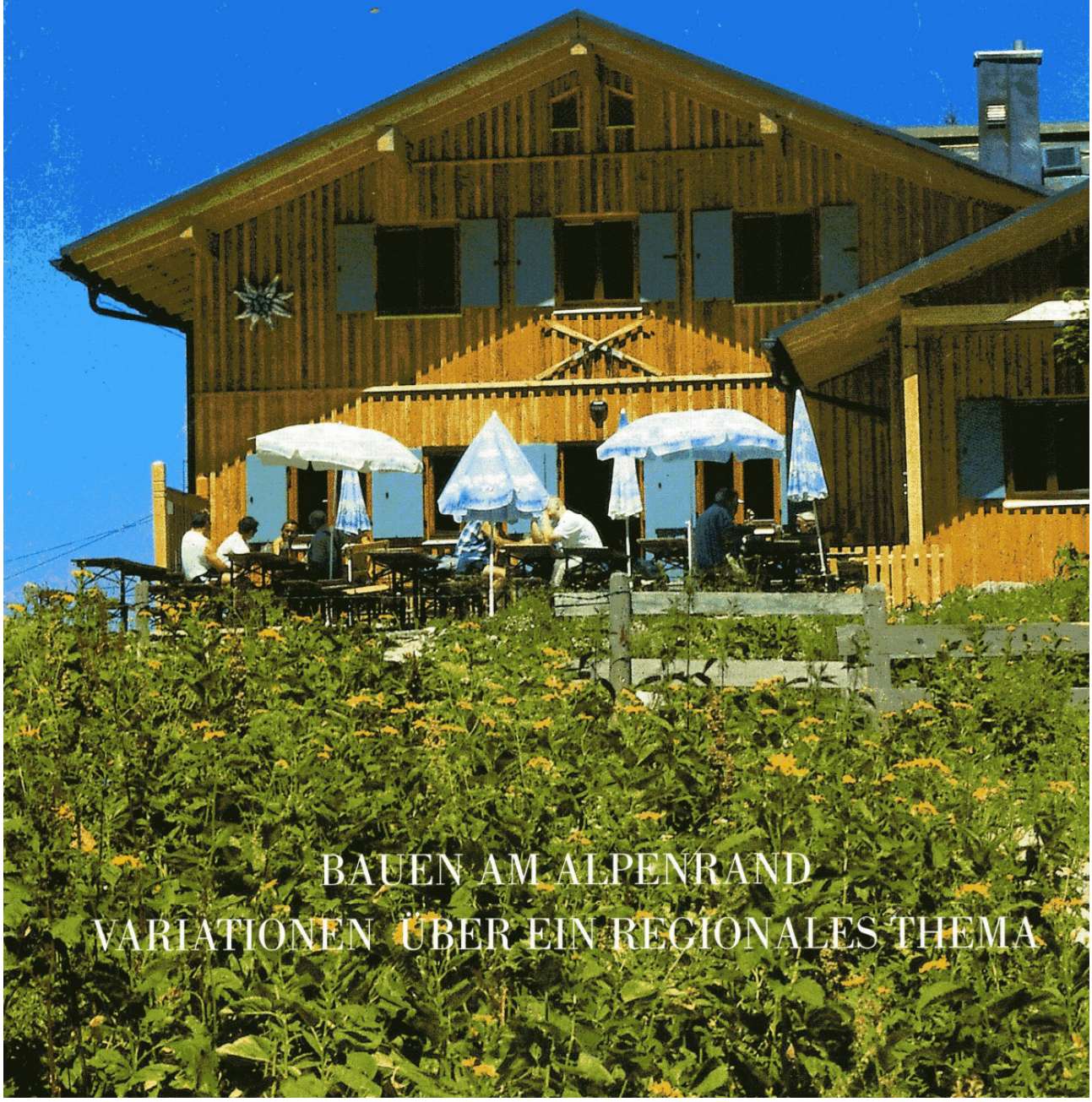
Es ist urheberrechtlich geschützt. Jegliche Verwendung -auch ausschnittweise- bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung durch BauZEIT Netzwerk.

Anlage 1

DER BAUBERATER

WERKBLATT DES BAYER. LANDESVEREINS FÜR HEIMATPFLEGE E.V.

68. JAHRGANG . MÜNCHEN 2003 . HEFT 1



BAUEN AM ALPENRAND

VARIATIONEN ÜBER EIN REGIONALES THEMA

Neubau Tutzinger Hütte, Gemeinde Benediktbeuern, Ansicht der Giebelseite von Süden

Bauen am Alpenrand: Variationen eines regionalen Themas

Gegenüberstellung von zwei Neubauten

Wie können Bürgerinnen und Bürger aus der Fülle unterschiedlicher Angebote des Immobilienhandels und der Baumärkte die für sie wirklich geeigneten und langfristig brauchbaren Objekte und Produkte finden? Wie sollen sie bei der täglichen Reizüberflutung durch Werbung jeder Art zu einem sachgerechten Urteil kommen, das über den Augenblick hinaus auch dem Morgen standhält? Gerade diese Wahlentscheidungen bestimmen Gelingen oder Misserfolg beim Aufbau der eigenen räumlichen Umwelt für Familie, Nachbarschaft und Gemeinde.
Wir stehen immer vor den Fragen, wie Bauten die Anforderungen der Lebensabläufe erfüllen, wie sie Schutz langfristig gewähren, wie sie unsere Entfaltung fördern und das Bewusstsein der Identität, d.h. der Übereinstimmung zwischen uns und der kulturellen Umwelt, stärken können.

Dazu sollen zwei neue Wohnbauten des Alpenvorlandes einander gegenübergestellt und auf Gemeinsamkeiten untersucht werden.
Links ist der Südgiebel der als Ersatz eines Vorgängerbaues neu errichteten Tutzinger Hütte am Fuß der Benediktenwand abgebildet. In der Höhenlage von 1327 m über NN lag es bei der extremen Wetterbeanspruchung nahe, die Fenster als Einzelelemente in die durchgehenden Außenwände einzusetzen, also eine herkömmliche Lochfassade auszubilden.
Rechts wird der Südgiebel eines neuen Wohnhauses in Mitterfischen am Ammersee gezeigt. Die Höhenlage von 580 m über NN erlaubt im Voralpengebiet größere durchgehende Fensterfronten. Diese großflächigen Glaswände entsprechen neuen Wohnwünschen der unmittelbaren Verbindung des Wohnens zum Freiraum.

Gibt es das Thema eines regionalen Bauens?

Der Titel enthält ein kulturpolitisches Reizwort, dessen Substantiv Region heißt. In der Diskussion um Baukultur wird der Begriff Region vielfach ungenau pauschaliert oder polemisch missverstanden verwendet. Auffassungen, dass "regionales Bauen" einer überholten unbewussten Handwerkstradition entsprungen sei, ist ebenso eine Halbwahrheit, wie die polemische Aussage "regionalistisches Bauen" sei das Ergebnis von Gestaltvorschriften und ihrer historisierenden Maskerade.
Beide Extremstandpunkte unterliegen Irrtümern. So geht die heute überlieferte Bausubstanz der Alltagsarchitektur in den verschiedenen Regionen überwiegend auf das 18. und 19. Jahrhundert zurück und damit auf eine Kulturstufe, die bewußt nach baulichen Handwerksregeln ihre Häuser geschaffen hat. Das andere negative Extrem des regionalistischen Bauens geht weniger von bürokratischen Zwängen aus als vielmehr von der Anspruchshaltung mancher Bauherren, die ihre widersprüchlichen Raumwünsche mit sinnentleerten Traditionsmotiven kostümieren.
Wirklich als Bauen einer Region gültige konstruktive Gestal-

Neubau Wohnhaus Mitterfischen, Gemeinde Pähl, Ansicht der Giebelseite von Süden

tung hat demgegenüber andere Ziele, nämlich ein aus den Potentialen der jeweiligen Kulturlandschaft entwickeltes nachhaltiges, klimabewusstes und energiesparendes Bauen.
Kulturregionen sind Gebiete, deren Merkmale nicht starre Grenzen, sondern durchlässige räumliche Übergangszonen aufweisen und sich zeitlich durch Wanderungsbewegungen und Überlagerungen verändern.
Die neuere Hausgeschichte und genetische Siedlungsforschung weisen nach, dass die Gesamtheit eines Hauses aus unterschiedlichen Einzelteilen verschiedener räumlicher und zeitlicher Ursprünge zusammen- gesetzt ist. Daher kann es nicht als unveränderlicher Gestaltkomplex behandelt werden. Vielmehr entfalten sich über einem klimaabhängigen Grundbestand kulturlandschaftlicher Erfahrungen vielfältige Variationen als individueller Reichtum der konstruktiven Gestaltung.
Wesentliche Voraussetzungen eines wirklich regionalen Bauens privater Wohn- und Arbeitsstätten stellen die naturgegebenen Lagebedingungen des jeweiligen Standortes dar:
des Bodens und seines Reliefs, des Klimas und seiner Niederschlagsmengen, der Wasservorkommen in Quellen und Seen, den Gras-, Strauch- und Baumschichten der Vegetation sowie der Populationen der Tierwelt.
Mit diesen Naturpotentialen hat die menschliche Gesellschaft ihre Kulturlandschaften geschaffen, um in der jeweiligen Region langfristig überleben zu können.
In ihnen haben sich charakteristische Gebiete auf Grund empirisch festgestellter Sachverhalte als unterschiedliche Kulturregionen herausgebildet.

Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Baumerkmale

Durch langfristige Bewährung in der Klimazone des Alpenrandes konnten sich Erfahrungswerte für den Hausbau entwickeln, die in den übergeordneten Grundzügen gemeinsame Merkmale und in den Einzelteilen immer neue Varianten zeigen.
Als Grundmerkmale sind zu nennen:

1. ein geschlossener Rechteckbaukörper als energiesparende Klimakiste
2. ein flachgeneigtes weit auskragendes Dach als Schutz gegen Regen, Schnee und Wind
3. konstruktive Gestaltung aus Holz als nachwachsender Rohstoff der Region.

Soweit sich Neubauten innerhalb dieses konstruktiven Gestaltrahmens halten, kann man von einer grundsätzlichen Ähnlichkeit sprechen. Die Variationen vor allem der Ausbauelemente begründen die Individualität eines Hauses und können sich in einem großen Spielraum bewegen, ohne den konstruktiven Gesamtzusammenhang aufzulösen.
Insgesamt besteht zwischen der Tutzinger Hütte und dem Wohnhaus in Mitterfischen eine grundsätzliche regionaltypische Ähnlichkeit. Eigenständig sind dabei die Variationen im Ausbau, bei der Höhenlage der Berghütte die mit Holzläden gesicherten Einzelfenster und im milderen Klima am Ammersee die großflächigen Fensteröffnungen zur Landschaft.

Helmut Gebhard

Anlage 2

Bild: Hermann Kaufmann ZT, Schwarzach

1

1 Kein Hotel, sondern Refugium: Die Olpererhütte im Zillertal, eine puristische Berghütte mit karger Haustechnik aus vorgefertigten Brettsperrholz-Elementen (Architekt: Hermann Kauffmann ZT).

2 Seit 1996 vergeben die Alpenvereine das Umweltgütesiegel an Schutzhütten, die den Umweltgedanken besonders konsequent leben – trotz oder gerade wegen hochalpiner Umgebung.

Bild: DAV

2

Sanfter Alpentourismus

Mahnendes Echo

Text: Ursula Baus

Sucht der urbanisierte Europäer Ruhe und Erholung von seinem mühseligen Alltag, dann träumt er sich gern in die Bergeinsamkeit – und muss sich sogleich verdrießlich überlegen, wo er dieses Idyll wohl noch mit seinen mindestens hundert Pferdestärken finden kann. Der Berg ruft seit dem achtzehnten Jahrhundert – und heute folgen in den Alpen jedes Jahr über hundert Millionen Touristen diesem Ruf. Aus ist's mit der Bergeinsamkeit, denn mehr Geld als die Zivilisationsflüchtlinge trägt die Winterspaßgesellschaft in die Alpen, in denen rund vierzehn Millionen Menschen leben und eine wirtschaftliche Existenz brauchen. Die Gletscher schmelzen und die Schneegrenze steigt: Innerhalb der nächsten zwanzig Jahre wird es hier im Jahresdurchschnitt etwa vier Grad wärmer – sagen Experten voraus. Erwartet werden extreme Wetterlagen und entsprechende Katastrophen. Bettenburgen, Schneekanonen, mehr Golfplatzlöcher als Murmeltierhöhleneingänge; Schneelawinen begraben Dörfer, Blechlawinen ruinieren die Landschaft: Die Wachstumsideologien amalgamieren mit den kapitalistischen Untugenden in einem Szenarium, das schaudern lässt. Niemand will leugnen, dass mit der Verkehrsstruktur Bauwerke entstanden, die beispielsweise die Schweiz zum Mekka der Ingenieurbaukunst mit Brücken von Maillart, Menn und Conzett machten und baukulturell so herausragende Verkehrswege wie die Sustenpassstraße oder den Bernina-Express zeitigten. Aber die Probleme sind bekannt: Die Wertschöpfung aus dem Alpentourismus liegt bei rund 40 bis 50 Milliarden Euro pro Jahr, Seilbahnen sind die Umsatztreiber – nur kann es ein ewiges Wachstum nicht geben.

Weg mit den Autos

Die Alpen sind in Sachen Tourismus nicht mit den Rocky Mountains oder dem Himalaya zu vergleichen. Sie liegen in einer dicht bevölkerten Region und müssen veränderte Touristenvorlieben verkraften. Je besser zum Beispiel die Mobilität funktioniert und je mehr an „unnötigen" Kosten für die Freizeit gespart werden kann, desto weniger wird in den Alpen übernachtet. Der Tagestourismus nimmt also zu – und zieht im Ganzjahrestourismus noch mehr Verkehr nach sich. Manche Orte und Regionen reagieren darauf und bieten ausgezeichnete Mobilitätskonzepte an, die ohne das eigene heilix Blechle funktionieren. Auf die umweltverträgliche Mobilität legen aber auch Unterkunftsverbünde wie die „alpinen

Perlen" (http://alpine-pearls.com) Wert, die alle mit öffentlichen Verkehrsmitteln und gut organisiertem Transfer erreichbar sind. Was sonst alles läuft, liest man bei www.alpsmobility.net.

Es geht auch sanft

Über konkrete Projekte informiert auch der Deutsche Alpenverein, der zu den Unterzeichnern der Alpenkonvention gehört. Hingewiesen sei auf vier Beispiele. Im März 2009 gewannen die „Kulturwege Schweiz" den Wettbewerb nachhaltiges und innovatives Tourismusprojekt 2008 der Alpenkonvention. Gewandert wird auf historischen Verkehrswegen, das touristische Angebot vernetzt sie mit Landwirtschaft und Kultur (www.kulturwege-schweiz.ch). Sogar kinderwagentauglich ist der „Franz-Senn-Weg" im Stubaital, auf dem über Leben und Wirken des Seelsorgers, Bergführers, Gastwirts und Mitbegründers des DAV informiert wird (www.stubai.at). Die Karpaten, zwischen Rumänien und der Slowakei, drohen zu entvölkern – was bei aller Liebe zu Problem- und sonstigen Bären nicht im Sinne der Alpenkultur ist. Mit dem Projekt „Berg-Umwelt" werden nun mit Unterstützung des Münchner Instituts für Sozialwissenschaftliche Forschung Menschen ausgebildet, die mit Kompetenzen in der Abfallreduzierung, regionaler Gastronomie, Abwassermanagement und Komposttoiletten vor Ort die Entwicklung eines alpenverträglichen Berghüttentourismus unterstützen sollen (www.isf-muenchen.de/projektdetails/122).

Dorf statt Hotelburg

Dann gibt es aber auch noch eine Reihe von „Bergsteigerdörfern", die den Zirkus mit noch größeren Hotels, noch schnelleren Liften und Seilbahnkapazitäten nicht mitmachen möchten, sondern ihren Gästen nichts als Ruhe und Erholung gönnen. Ginzling, Großes Walsertal, Grünau im Almtal, Hüttschlag im Großarltal, Johnsbach im Gesäuse, Kals am Großglockner, Lesachtal, Lunz am See, Mallnitz, Malta, Reichenau an der Rax, Steinbach am Attersee, Steirische Krakau, Tiroler Gailtal, Vent im Ötztal, Villgratental, Weißbach bei Lofer. Die Kennzeichen der Dörfer lassen Bergfreundeherzen höher schlagen: Keines ist größer als 2.500 Einwohner, alle verfügen über erreichbare Hütten und sind mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen, außerdem sind weder Autobahnen, noch große Ferienparks in der Nähe (www.bergsteigerdoerfer.at).

Natur und Kultur pur

Der Tourismus ändert sich aber auch analog zur Alterspyramide. Mit morschen Knochen wedelt's sich nicht mehr so elegant die Hänge hinab und mit passabel sportlicher Wanderkleidung macht man eine weniger peinliche Figur als mit einem Gipsbein. Darauf reagieren einzelne Gastronomen mit anderen Angeboten als dem unsinnigen Wettrüsten in Wellness-Folter-Tempeln. Ob er nun naturnah, sanft oder alternativ genannt wird: Tourismus, der die Natur- und Kulturlandschaft Alpen begreift und passende Angebote ersinnt, macht erst etwa ein Drittel des Gesamttourismus in den Alpen aus. Das müsste sich ändern, um den Charakter der Alpen konsequenter zu pflegen. Konventionen und Kommissionen

Bild: DAV

3 Viele Wege führen auf den Berg: Die Via Alpina führt die Wanderer auf mehr als 5.000 Kilometern Wegstrecke zu den bedeutendsten Natur- und Kulturstätten der Alpenanrainerstaaten. Fünf festgelegte Routen mit insgesamt 338 Etappen verlaufen auf Höhen zwischen Null und 3.000 Höhenmetern (www.via-alpina.com).

in allen Ehren: Alte Seilschaften, Verbandsinteressen und verkrustete Strukturen bewirken, dass die Tourismusbranche primär gewinnorientiert und nicht alpennachhaltig arbeitet. So darf man sich bis auf weiteres leider nicht wundern, wenn in einsamer Berggegend plötzlich Hubschrauber Abenteuertouristen auswerfen und Mountainbiker – „in Neopren gewickelte Fleischwurst" (Sybille Berg) – tapfere Wanderer vom Weg ins Gebüsch scheuchen. Ach, Bergeinsamkeit ... ▮

Weiterführende Infos:

- *Commission Internationale pour la Protection des Alpes (CIPRA), www.cipra.org/de*
- *Alpenkonvention, Innsbruck, www.alpconv.org*
- *Allianz in den Alpen – das Gemeindenetzwerk für nachhaltige Entwicklung, www.alpenallianz.org*
- *Auszeichnung Alpine Pearls, Urlaub mit Nachhaltigkeit, Klimaschutz und höchster Qualität an den Tourismus, http://alpine-pearls.com*
- *Pilotprojekt für umweltfreundliche Reiselogistik, www.alpsmobility.net*
- *Klimabündnis – kommunaler Klimaschutz, www.klimabuendnis.org*
- *Nachhaltige Mobilitätsangebote und -dienstleistungen im Alpenraum, www.mobilalp.com*

Dr. Ursula Baus
studierte Kunstgeschichte, Philosophie und Klassische Archäologie in Saarbrücken sowie Architektur in Stuttgart und Paris. Danach war sie Redakteurin, 2004 Mitbegründerin der Partnerschaftsgesellschaft frei04 publizistik. Seit 2007 ist sie Stellvertretende Vorsitzende des Beirates der Bundesstiftung Baukultur.

Breite Unterstützung für die Pläne der Bewerbungsgesellschaft

Olympia – so ökologisch wie möglich

Winterspiele sollen auf drei Standorte konzentriert werden – auch die Grünen akzeptieren das Kon

Von Jan Bielicki

Die Bewerbung für die Olympischen Winterspiele 2018 kann sich im Münchner Stadtrat weiter auf eine breite Mehrheit stützen. Mit den Stimmen aller großen Parteien stellten sich die Stadträte hinter das Konzept der Olympiaplaner, die Spiele ausschließlich in München, Garmisch-Partenkirchen/Oberammergau und am Königssee auszutragen. Auch die grüne Ratsfraktion begrüßte dieses im Planerjargon sogenannte Zwei-Cluster-Konzept, das innerhalb der Öko-Partei sehr umstritten ist. „Das Ergebnis finden wir sehr gut", darum sei es „logisch und schlüssig, an der Bewerbung weiter festzuhalten", sagte die grüne Stadträtin Sabine Krieger.

Zuvor hatten Richard Adam und Bernhard Schwank, die beiden Geschäftsführer der Bewerbungsgesellschaft München 2018, vehement für ihre Pläne geworben, die Spiele auf München und den Raum Garmisch zu konzentrieren. Daneben auch noch Oberstdorf und Ruhpolding olympisch zu machen, bringe nicht nur München um seine Chancen, den Zuschlag zu erhalten. Ein solches dezentrales Konzept, wie es die Grünen im Landtags und an der Münchner Basis sowie Naturschutzverbände fordern, bringe auch für die Umwelt „keinen gravierenden Vorteil", argumentierte Adam.

Der Münchner Stadtrat ist mit dem Olympiakonzept zufrieden – die Skispringer würden 2018 in Garmisch fliegen. ddp

So würden zusätzliche Olympische Dörfer in Oberstdorf und Ruhpolding mit Kantinen, Technikräumen und Polikliniken zusätzlich mehr als 20 000 Quadratmeter Fläche versiegeln. Sportler, Betreuer, Funktionäre, Helfer, Journalisten und Zuschauer müssten sehr viel weiter fahren - und zwar auf der Straße: „Dezentrale Spiele", so Adam, „finden in erster Linie auf der Straße statt." Das könne auch auf Kosten der Schiene gehen und den Ausbau der Strecke von München nach Garmisch „zumindest gefährden". Im Übrigen müssten auch in Oberstdorf nach den Spielen abbaubare Tribünen errichtet werden, wie sie an den nordischen Skilaufstrecken in Oberammergau geplant sind. Und schließlich sollten Olympische Spiele „mehr sein, als die Abwicklung mehrerer Sportwettbewerbe an dezentralen Stätten".

Es sei „sehr klar, dass in der Praxis das Konzept ‚vier plus eins' nicht ökologischer wäre" als die Zweier-Kombination München/Garmisch, urteilte auch die Grüne Krieger. Endgültig wollen die Rats-Grünen jedoch erst entscheiden, wenn die Olympiabewerber ein Umwelt- und Nachhaltigkeitskonzept vorlegen. Für dieses Papier ist in der Bewerbungsgesellschaft Boris Schwartz zuständig, der für die Grünen im Stadtrat sitzt.

Obwohl im Stadtrat nur Linke und ÖDP gegen die Bewerbung stimmten, griff OB Christian Ude die Olympia-Gegner scharf an und warf ihnen „Kirchturmpolitik" vor. Sollte München den Zuschlag nicht erhalten, sei „der Eingriff in die eine Welt überall größer als in Garmisch", sagte Ude.

„Ich lasse mich nicht als Feigenblatt missbrauchen"

Die Grünen-Bundesvorsitzende Claudia Roth über ihr Engagement für Olympia und die Kritik von Parteifreu

Claudia Roth, Bundesvorsitzende der Grünen, ist Mitglied des Kuratoriums der Olympia-Bewerbung. Bei ihre bayerischen Parteifreunden ist das umstritten.

SZ: *Warum unterstützen Sie Münchens Olympia-Bewerbung?*

Claudia Roth: Das hängt erstmal davon ab, wie die konkrete Bewerbung aussieht. Um darauf Einfluss zu nehmen, habe ich die Mitgliedschaft im Kuratorium angenommen – nach Rücksprache mit der Landesvorsitzenden und meinen bayerischen Parteifreunden. Das mache ich nicht aus Gaudi, sondern um mich mit Nachdruck für nachhaltige Spiele einzusetzen. Ich werde nachfragen und konstruktiv nerven. Als Feigenblatt lasse ich mich nicht missbrauchen.

SZ: *Die grüne Landtagsfraktion lehnt das derzeitige Konzept der Bewerbung ab.*

Roth: Da bin ich froh, bei den Grünen zu sein. Es ist doch gut, dass bei uns niemand die Bewerbung akzeptiert, ohne nachzufragen. Und die Bewerbung muss noch viele offene Fragen beantworten.

Claudia Roth. dpa

SZ: *Welche?*

Roth: Erstens: Ist alles auf faire Spiele ausgerichtet und auf den Kampf gegen Doping? Zweitens: Wie sieht das Verkehrskonzept für die Winterspiele aus? Drittens: Ist die Nutzung der Sportstätten nachhaltig? Ich habe 1972 als Schülerin die Spiele besucht, und es ist schon ein Signal, dass die Stätten von damals wieder genutzt werden. Viertens: Wie sieht es mit den baubiologischen Standards der Olympischen Dörfer aus? Und vor allem: Sind Klimaneutralität und der Schutz der Alpen gesichert? Wir Grüne können da mit großem Selbstbewusstsein auftreten. Unser Druck hat dazu beigetragen, dass es Veränderungen gibt und etwa die Biathlon- und Langlaufwettbewerbe aus ökologischen Gründen nach Oberammergau verlegt wurden, damit nicht in Naturschutzgebiete eingegriffen wird.

SZ: *Lassen die Grünen die Olympia-Kritiker damit nicht im Stich?*

Roth: Nein. Das wäre nur so, wenn wir nicht nachfragen, nicht abwägen und nicht darüber streiten würden. Aber wir wägen ja ab. Natürlich gibt es eine Haltung, die Großveranstaltungen grundsätzlich ablehnt. Das nehme ich ernst und halte diese Sichtweise auch für legitim, wenn sie sich nicht hinter vorgeschobenen Argumenten versteckt. Aber es ist nicht die Haltung der Grünen. Als Anreiz für den Breitensport und mit ihrem völkerverständigenden Charakter lösen Sport-Großereignisse wie Olympia viel Positives aus. Und für die Paralympics gilt das erst recht.

Interview: Jan Bielicki

SZ 15.07.09